



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Patzelt, Julius: Die österreichisch-ungarische Reichskrise

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die österreichisch-ungarische Reichskrise

Von Julius Paßelt in Wien



Österreich-Ungarn hat seinen Ruf als Reich der Unwahrscheinlichkeiten wieder bewährt. Das Ministerium Fejervary, das seit Monaten mit Wissen und Willen der Krone den Plan vorbereitet hatte, die Macht der magyarischen Oligarchie durch eine Wahlreform niederzuwerfen, fiel plötzlich, zwei Tage bevor es im ungarischen Reichstage sein Programm entwickeln konnte. Aber noch mehr, es fiel, ohne daß irgendein anderer Plan, wie die magyarische Opposition zu brechen wäre, oder wie man sich mit ihr verständigen könnte, vorhanden war. Die Krone schien die Flagge schon zu streichen: die Führer der oppositionellen Parteien des ungarischen Reichstags wurden in die Wiener Hofburg zum Kaiser beschieden, und in der ungarischen Hauptstadt rechnete man schon damit, daß in dieser Audienz ein Kompromiß angebahnt werde, der, wenn auch nicht der Form nach, so doch in der Sache, die magyarisch-oppositionellen Forderungen erfüllen werde; da trat wieder das Unerwartete ein: die Herren, die aus Budapest nach Wien gekommen waren, vernahmen aus dem Munde des Kaisers nichts anderes, als daß er fest entschlossen sei, auf seinem Standpunkt zu beharren. Dieser rasche Szenewechsel deutet auf ganz außergewöhnliche Verhältnisse hin, die nur für die verständlich sind, die die Entwicklung der ungarischen Krise genau verfolgt haben.

Der Punkt des Streites ist bekanntlich die Einführung der magyarischen Kommandosprache bei den ungarländischen Regimentern und die Übertragung der Majestätsrechte über den ungarischen Teil der Armee auf den ungarischen Reichstag. Der Kaiser hat bisher allen darauf gerichteten Pressionen widerstanden, und wie aus seiner letzten Kundgebung hervorgeht, denkt er nicht daran, nachzugeben. Aber dieser feste Wille trägt allein noch nicht die Bürgschaft des Erfolgs in sich. Auch König Oskar von Schweden war fest entschlossen, in dem Streite mit Norwegen von dem, was er als im Interesse seines Gesamtreichs notwendig erkannt hatte, nicht abzugeben. Als konstitutioneller Herrscher glaubte er sich jedoch auf den passiven Widerstand beschränken zu müssen, bis eines schönen Tages das norwegische Storching über diesen Widerstand zur Tagesordnung hinwegging. Das war ein Ereignis, dessen allgemeine Bedeutung noch immer unterschätzt wird.

Entthronungen sind auch früher vorgekommen, aber die Tatsache, daß sich diesesmal ein so tiefer revolutionärer Eingriff ohne den üblichen Apparat eines lärmenden Aufstandes vollzog, die Tatsache, daß man einen König seines Amtes entsetzte, wie man sonst einen Gutsverwalter entläßt, und daß die europäische Öffentlichkeit ohne aufzubrechen davon Akt nahm, diese Tatsachen bezeugen, daß verbrieft Rechte allein nicht mehr den Bestand der Monarchien verbürgen, sondern daß die persönliche Energie des Herrschers diese Rechte beständig ver-

teidigen, daß sie nicht nur den Zweck, sondern auch die Mittel wollen muß. Gerade in diesem Punkte weist aber die ungarische Krise die bedenklichste Analogie mit der norwegischen auf. Die Politik des Wiener Hofes in der ungarischen Frage wird durch zwei Dinge bezeichnet: erstens durch die jahrzehntelang fortgesetzten Fehlgriffe in der Wahl der Mittel, und sodann durch die Scheu, die endlich als zweckmäßig erkannten Mittel anzuwenden. Es wäre falsch, den Kaiser dafür verantwortlich zu machen. Es ist psychologisch ganz begreiflich, daß ein Regent in so hohem Alter Bedenken trägt, zu außergewöhnlichen Maßnahmen zu greifen, und daß er auch in der verwickeltesten Lage, sogar einer unerbittlichen Opposition gegenüber noch immer auf eine friedliche Verständigung hofft. Die Schuld liegt wo anders, und man darf die Augen nicht mehr davor verschließen, daß die Berater des Kaisers, die politischen ebenso wie die militärischen, in der letzten Zeit vollständig versagt haben und der Krone nicht eine Stütze gewesen sind, sondern im Gegenteil sie auf der schiefen Bahn einer schwächlichen Kompromißpolitik mit sich gerissen haben. Wenn einmal die Akten über den Sturz des Ministeriums Körber bekannt werden sollten, wird man vielleicht Aufklärung darüber erhalten, daß weit bis in das Jahr 1903 hinein die erfolgreichen Versuche einer gewissen Hofclique zurückreichen, den Kaiser in der auf ein festes Ziel gerichteten Behandlung der ungarischen Frage schwankend zu machen und die eigne Ruhe und behagliche Existenz durch die Preisgebung des wichtigsten Majestätsrechts an die magyarische Oligarchie zu erkaufen.

Das ungarische Problem war an sich ungemein einfach. In Ungarn herrschte die Minorität einer Minorität. Eine kunstvolle Wahlform schloß die Nichtmagyaren, also die Mehrheit der Bevölkerung an dem Genuß politischer Rechte zum großen Teil aus, der Rest wurde durch brutale administrative Künste und durch Wahlkorruption großen Stils mundtot gemacht. So entstand die Fiktion des magyarischen Nationalstaats und der „ungarischen Nation,“ als deren Vertreter sich die hochadlichen Familien und die Gentry des Landes, diese verarmt, jeder wirklichen Arbeit entwöhnt und darum in allen Organen korrumpiert, in die Herrschaft teilten. Die magyarische Nation — das wird in der Regel übersehen — ist in ihrer politischen Entwicklung über den Begriff der mittelalterlichen Adelsrepublik nicht hinausgekommen. Unfähig, aus Ungarn einen modernen Staat zu machen, verurteilte sie das Land zu einer parasitären Existenz, d. h. durch die Erweiterung ihrer politischen Macht über die Krone und über die Monarchie verschaffte sie sich die Möglichkeit der wirtschaftlichen Ausbeutung Österreichs und dadurch die Mittel, Ungarn mit den äußerlichen Attributen eines modernen selbständigen Staatswesens zu bekleiden. Daß das nur äußere Formen waren, beweist die zunehmende Verelendung und Auswanderung des Landvolks. Das waren allerdings bedenkliche Zeichen, die auch den Budapester Machthabern nicht verborgen bleiben konnten, die sie aber insofern verkannten, als sie die Ursachen dieser Erscheinungen in den letzten Schranken sahen, die die Majestätsrechte und die Verträge mit Österreich der unumschränkten Herrschaft des Magyarentums über Krone und Reich zogen. Das ist die Entstehung der ungarischen Krise, und sowohl dynastische Rücksichten als auch europäische, die den Bestand eines innerlich verfaulten und unfähigen Regiments wie das des magyarischen Adels an der Donau nicht dulden, drängten dazu, die Herrschaft dieser Oligarchie zu brechen. Als Mittel hierzu wurde der Krone von dem Kabinett Fejervary die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts vorgeschlagen; den Nichtmagyaren sollten die Pforten des ungarischen Reichstags geöffnet werden, statt der „Nation“ sollten die Nationen die politische Vertretung stellen, und dadurch sollte das Magyarentum auf die Stellung des primus inter pares zurückgedrängt werden, in der es schon durch die Rücksicht auf die nationale Selbsterhaltung auf ein dauerndes Einvernehmen mit der Krone angewiesen gewesen wäre.

Ein Plan, der gewiß der gründlichsten Erwägung bedürftig war. Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in einem Lande, das durch eine jahrzehntelange Mißwirtschaft für agrarrevolutionäre Ideen sehr empfänglich gemacht worden war, hatte gewiß sein bedenkliches, aber einerseits hätte diese Reform sehr wohl mit konservativen Garantien umgeben werden können (Bindung des aktiven Wahlrechts an das zurückgelegte dreißigste Lebensjahr, fünfjährige Seßhaftigkeit und Wahlpflicht), andererseits aber bot diese Reform das einzige Mittel, der friedlichen Revolution des Parlaments auf friedlichem Wege Herr zu werden, nachdem man bei Hofe Mittel der Gewalt schon längst abgelehnt hatte.

Jedenfalls hatte das Ministerium Fejervary durch seine Vorschläge eine Situation geschaffen, die den Ratgebern der Krone die Pflicht auferlegte, nach bestem Wissen und Gewissen und ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Bedürfnisse dem Kaiser zu raten. Wie klein, wie kleinlich haben sich aber diese Männer in der Tat erwiesen. Zuerst bestimmte man den Kaiser, sich gegen die Dekroyierung eines neuen Wahlgesetzes in Ungarn auszusprechen. Als ob jemals dieselben Leute und Parteien ein Wahlgesetz zugestehn würden, durch das eben ihre Herrschaft gebrochen werden soll! Aber nicht genug damit: bald tauchte auch das Bedenken auf, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn dieselbe Reform auch in Oesterreich unvermeidlich machen würde. Man hatte freilich vergessen, daß Oesterreich und Ungarn niemals dasselbe Wahlrecht gehabt hatten, und daß in Ungarn gar keine Bedenken laut geworden waren, als in Oesterreich das allgemeine Wahlrecht in der Form einer vierten allgemeinen Kurie eingeführt worden war; aber alle Schrecken der Revolution mußten an die Wand gemalt werden, die Intervention des Ministers des Außern Grafen Goluchowski und des österreichischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautsch gegen den Plan des Kabinetts Fejervary zu begründen, eine Intervention, die jedoch ausschließlich persönlichen Beweggründen entsprungen war.

Freiherr von Gautsch intervenierte, um den alten Parteien in Oesterreich als Retter zu erscheinen und sie dadurch zu bewegen, alles, was immer mit Ungarn abgemacht werden möchte, mit einem parlamentarischen Votum zu decken und dadurch dem Ministerium Gautsch über den toten Punkt des ungarischen Ausgleichs hinwegzuhelfen. Graf Goluchowski kalkulierte ähnlich. In Ungarn hatte man ihm längst seinen Sturz in der nächsten Delegations-tagung prophezeit, aber Graf Goluchowski hängt an seinem Amte, er, der der Anwalt des Reichs, der Gemeinsamkeit von Amts wegen sein sollte, hat ja alle die Gemeinsamkeit störenden Zugeständnisse an die Magyaren in den letzten Jahren gebilligt, weil er in der großen Reichsfrage entweder keine eigne Meinung hatte oder an sie nicht sein Amt setzen wollte. Graf Goluchowski ist aber auch mit den Andrassy's gut befreundet, und als nun die magyarische Oligarchie durch das Gespenst des allgemeinen Wahlrechts plötzlich in Schrecken gesetzt wurde, da glaubte Goluchowski den Augenblick gekommen, sich die Gunst der Magyaren dadurch wieder zu erwerben und seine Stellung dadurch zu sichern, daß er den Plan Fejervary's mit zu Falle brachte.

Nur Ruhe, Ruhe, keine Kämpfe, keine Störung im behaglichen gedankenlosen Hindämmern! So lange wir leben, hält der Staat noch aus, après nous le déluge. Das ist das politische Prinzip der Berater des Kaisers, der militärischen wie der zivilen, und wenn der Kaiser vor den Magyaren in der Armeefrage kapitulirte, so würde der Kriegsminister von Pittreich in den Delegationen mit wahrer Befriedigung feststellen, daß nun endlich die Quadratur des Kreises gefunden und der unselige Streit zu einem für alle ehrenvollen und das Ansehen und die Würde der Monarchie auf Menschenalter hinaus festigenden Ende gekommen sei.

In einer solchen Umgebung, in der Mitte solcher Berater fand der greise Kaiser keine Stütze, keinen Halt, und so ist die Situation zu erklären, in der Dynastie und Reich sind. Was nun? Vergeblich mühte man sich ab, unter

den vielen Möglichkeiten das Wahrscheinliche herauszufinden, denn nach dem Vorgegangnen barg jede Lösung Konsequenzen in sich, die ganz unabsehbar waren. — Nachdem die Krone es abgelehnt hatte, den Weg, den das Kabinett Fejervary vorschlug, zu gehn, und zwar unter Umständen abgelehnt hatte, die die Autorität der Krone ungeheuer schädigten, war eine Beilegung des Konflikts in der Weise denkbar, daß entweder die Krone in der Armeefrage nachgab, oder daß ein faules Kompromiß zustande kam, indem die magyarische Adels- und Advokatenclique ihre Armeeforderung zeitweise zurückstellte und ein Kabinett bildete. In diesem Falle hätte aber nur von einer Vertagung gesprochen werden können, denn sobald die magyarische Opposition im Besitze der Macht gewesen wäre und sich an ihren Gebrauch gewöhnt gehabt hätte, würde sie nicht gesäumt haben, unter den für sie weit günstigeren Umständen der Krone ein Ultimatum zu stellen. Womöglich aber noch bedenklicher war eine andre Möglichkeit, von der gesprochen wurde. Danach hätte es unter dem gegenwärtigen Kaiser in der Armeefrage beim alten bleiben sollen, wogegen sein Nachfolger verpflichtet worden wäre, bei seiner Thronbesteigung die Oberhoheit des ungarischen Reichstags über die ungarländischen Regimente anzuerkennen. Damit wäre selbstverständlich dem ungarischen Reichstage das Recht der Entthronung des künftigen Monarchen zugestanden worden, falls dieser sich dann geweigert hätte, diese Bedingung zu erfüllen.

Das vom Kaiser am 23. September den Führern der ungarischen Opposition übergebene Programm, das in der entschiedensten Form die Aufrechterhaltung der Einheit des Reichs in bezug auf Armee und Diplomatie verkündet und auch jede Änderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Reichshälften (gemeinsames Zollgebiet) von der Zustimmung des österreichischen Reichsrats abhängig macht — diese mit dem Sturze Fejervarys nur schwer in Einklang zu bringende kaiserliche Willenskundgebung scheint wiederum alle diese Möglichkeiten auszuschließen. Es liegt ein Akt der Krone vor, an dessen Ernst nicht gezweifelt werden kann; die Krone erklärt die magyarischen Forderungen rundweg als unerfüllbar, ja noch mehr, sie legt diese Willensmeinung schriftlich vor aller Welt nieder, gewissermaßen als historisches Dokument, bestimmt, sie jeder Verantwortung für alles zu entheben, was kommen würde, wenn die magyarische Opposition nicht mit einem Ja, sondern mit einem Nein antwortete. Es ist, als ob zwischen dem Tage, an dem der Kaiser die Demission des Kabinetts Fejervary annahm und den Vorschlag ablehnte, die Macht der magyarischen Oligarchie durch eine Wahlreform zu brechen, und dem 23. September Jahre lägen. Und doch sind es nur wenig Tage. Auf welchem Wege Kaiser Franz Joseph vom Sturze des Ministeriums Fejervary zu dem Entwurf und der Verkündigung seines Programms vom 23. September gelangte, ist und wird wohl immer ein Geheimnis bleiben. Vielleicht hat hierbei auch die Wandlung mitgewirkt, die sich in der öffentlichen Meinung Österreichs in der letzten Zeit vollzogen hat. Die Umstände, unter denen das Ministerium Fejervary seine Entlassung genommen hatte, und die damit eröffnete Aussicht auf den Sieg der magyarischen Opposition hatten unter den Deutschen Österreichs eine geradezu desperate Stimmung verursacht. Den Polen und den Tschechen paßte die Schwächung der Autorität der Krone in den ungarischen Händeln allerdings. Abgesehen von den gouvernementalen und den von alters her mit der magyarischen Oligarchie und den mit ihr verbündeten exotischen Interessenten befreundeten Wiener Blättern nahm die gesamte deutsche Presse Österreichs aufs entschiedenste gegen die neueste Wendung der Dinge Stellung, und eine sich immer stärker äußernde Neigung des Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautsch, die Slaven zu begünstigen, um mit ihrer Unterstützung die parlamentarische Absolution für all das zu erhalten, was das Triumvirat Apponyi-Kossuth-Andrassy über Österreich verhängen würde, nährte mächtig die oppositionelle Strömung unter den Deutschen. Noch ließ sich die Situation, die der Reichsrat am 26. d. M., an dem Tage, wo er sich wieder versammelt, vor-

finden würde, nicht voraussehen, aber man durfte nicht vergessen, daß spätestens in sieben Monaten allgemeine Reichsratswahlen vorgenommen werden müssen, ein Umstand, der die parlamentarischen Parteien von den Wählern abhängiger macht, und daß sich andererseits die öffentliche Meinung schon in sehr radikaler Weise zu klären begann. Die gegenwärtige dualistische Verfassung — so war der Gedankengang — ist, wie die Erfahrung zeigt, unhaltbar, ebensowenig könnte aber auch die Personalunion befriedigen, da die Ereignisse der letzten zwei Jahre beweisen, daß jeder vertragmäßige Zustand zwischen Osterreich und Ungarn unter einem gemeinsamen Herrscher zum Nachteile Osterreichs ausgelegt und verfälscht würde. Sollte also der Bestand der Monarchie aufrecht erhalten werden, so müßte durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn die Macht der magyrischen Oligarchie gebrochen und dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, Ungarn zu Osterreich in eine engere organische Verbindung zu bringen, die in einer zentralen, von allen Volksstämmen besetzten Reichsvertretung ihren Ausdruck fände. Auf einem christlichsozialen Parteitage hatte der Bürgermeister von Wien, Dr. Lueger, diese Leitsätze verkündet; sie waren nicht nur beachtenswert darin, was sie sagten, sondern auch darin, was ungesagt blieb, weil sich gerade darin die pessimistische Anschauung wegen der Möglichkeit des Fortbestehens der Monarchie ausdrückte.

Es ist möglich, daß diese und ähnliche Kundgebungen veranlaßten, daß man bei Hofe erkannte, daß bei Fortsetzung der bisherigen schwankenden Politik gegenüber Ungarn die Frage des vollständigen Zerfalls der Monarchie auch in den loyalsten Schichten der Bevölkerung immer mehr Gegenstand praktisch-politischer Erwägungen werde. Sei dem jedoch, wie ihm wolle; auf jeden Fall ist die Entwicklung der Krise an einem bedeutsamen Wendepunkt angelangt, denn man kann doch unmöglich annehmen, daß der Kaiser mit solcher Entschiedenheit vor den Augen der ganzen Welt von den ungarischen Oppositionsführern ein jedes weitere Feilschen ausschließendes Ja oder Nein verlange, ohne schon Entschließungen für den Fall einer ablehnenden Antwort gefaßt zu haben. Daß der passive Widerstand, d. h. die Ausübung des verfassungsmäßigen Vetorechts hierzu nicht ausreicht, haben die Ereignisse in Schweden und Norwegen gezeigt, und wenn die Krone nicht die Fejervaryschen Vorschläge wieder aufnehmen will, bleibt ihr nichts andres übrig als ein absolutes Regiment, das jedoch mit seinen militärischen Steuerexekutionen und zwangsweisen Rekrutenaushebungen doch nur von kurzer Dauer sein und zu geordneten Verhältnissen nur wiederum durch eine Verfassungsänderung hinüberführen könnte, die die Herrschaft der magyrischen Oligarchie ein für allemal bräche und das Magyarentum zu einem Einvernehmen mit der Dynastie und den Deutschen Osterreichs zwänge, mit denen es doch das Interesse der Verteidigung gegen das Slaventum gemeinsam hat.



Wichern und die Gefängnisreform

Von Wilhelm Speck

(Schluß)



it der Berufung der Bruderschaft des Rauhen Hauses in die Gefangnispflege an der Strafanstalt zu Moabit war wenigstens in einer Anstalt der Monarchie ein Beamtenkörper geschaffen, der fähig und von Herzen bereit war, die Pläne des Königs verwirklichen zu helfen. Nun aber erhob sich auch die alte Feindschaft gegen das Einzelhaftsystem mit verjüngter Kraft und frischem Eifer, und eine Flut von Verdächtigungen ergoß sich über Wicherns Haupt. Während man sich doch